

Schweiz

Etwas vom Geilsten

Viele Schweizer geben den Drogenkrieg verloren. Mit einem Volksbegehren soll der Rauschgiftkonsum entkriminalisiert werden.

Die Zürcher Stadträtin Emilie Lieberherr wußte von Anfang an, daß sich das Elend nicht verdrängen ließe. Vor 16 Monaten, als die Polizei den berühmten Drogenpark in der Platzspitz-Anlage hinter dem Hauptbahnhof schloß und die Junkies vertrieb, sagte sie voraus: „Die Szene entwickelt sich weiter.“

Während der frühere „Needle-Park“, frisch herausgeputzt und neu bepflanzt, nun wieder stundenweise geöffnet ist, strömen nur 350 Meter westlich davon, zwischen den Gleisen des unbenutzten Bahnhofs Letten an der Limmat, täglich bis zu 3000 Fixer zusammen.

Die Versuche der Zürcher Stadtregierung, mit Razzien und Repression jede Zusammenrottung Süchtiger zu verhindern, sind gescheitert. Nach ihrer Vertreibung vom überschaubaren Platzspitz-Park hielten die Junkies monatelang ein dichtbesiedeltes Wohnviertel besetzt. Zum Drücken benutzten sie die Unterstände an den Straßenbahnhalte-

stellen; sie hockten sich in Telefonzellen und Hauseingänge; zur Not setzten sie den Schuß auch im Gehen.

Weil sich zudem Dealer-Banden aus dem Kosovo und dem Libanon blutige Fehden um den profitablen Markt lieferten, trauten sich die Einwohner kaum noch auf die Straße.

Die neue Szene am Bahnhof Letten hat dem Viertel etwas Entspannung gebracht; die Stadtpolitiker aber sind ratlos. Schockiert stellten sie fest, daß von rund tausend polizeilich kontrollierten Süchtigen nur 19 Prozent aus Zürich stammen.

Nun wollen die Zürcher die zugereisten Problemfälle abschieben; schon bald müssen umliegende Gemeinden und Nachbarkantone damit rechnen, daß Stadtpolizisten vordringen, um ihnen Fixer abzuliefern. Ob das Entlastung bringt, ist zweifelhaft. Die meisten Kommunen haben keine Hilfseinrichtungen für Drogenkranke; sie sind mit ihren Süchtigen überfordert. In Dörfern und Kleinstädten steigt die Zahl der Drogenopfer überproportional.

Trotz aufwendiger Vorbeugekampagnen und zunehmender Erfolge beim Aufspüren eingeschmuggelter Betäubungsmittel nimmt die Zahl der Rauschgiftabhängigen ständig zu. Und sie werden immer jünger. In Olten starb vor kurzem ein 14 Jahre altes Mädchen an einer Überdosis. In Zürich machte eine 12jährige Schlagzeilen, die auf dem Drogenstrich in einer Woche 7000 Franken anschaffte.

Niedrige Preise sorgten in den vergangenen Monaten für die rasche Verbreitung des „Folienrauchens“. Dabei wird das Heroin auf einem Stück Alufolie erhitzt und der Dampf durch einen gerollten Geldschein inhaliert. Jugendliche halten die Methode, so ein Junkie, für „etwas vom Geilsten, was du überhaupt erleben kannst“. Weil sie ohne Venenstechen abgeht, mithin weder Hepatitis noch Aids drohen, glauben die Kids, sie hätten „alles unter Kontrolle“.

Immer mehr Sachverständige fordern inzwischen eine radikale Umkehr – die Liberalisierung des Betäubungsmittelkonsums. Nicht nur Sozialarbeiter, Ärzte und Polizisten, die täglich Umgang mit Süchtigen haben, auch eine Fachgruppe der Freisinnigen Partei und die mehrheitlich bürgerliche Regierung des Kantons Solothurn wollen die Prohibition beenden.

Ihr Hauptargument ist die Wirkungslosigkeit aller Unterdrückungsmaßnahmen. Angesichts leerer Kassen hoffen viele Politiker, mit einer kontrollierten Drogenabgabe Geld zu sparen. Schon die ärztlich überwachte Rauschgiftverteilung an Schwersüchtige, so kalkulieren sie, könnte Obdachlosenheimen, Sozialarbeiterstellen und Polizeieinsätze überflüssig machen. Zudem würden der Schwarzmarkt und die Beschaffungskriminalität nach Ansicht vieler Experten weitgehend verschwinden.

Die im Herbst anlaufenden Versuche, 700 Schwerstsüchtige in acht Städten mit Heroin, Morphin und Kokain zu versorgen, werden kaum Entlastung schaffen. Deshalb machen Kritiker der bisherigen Rauschgiftpolitik jetzt mit einem Volksbegehren Druck. Es schlägt vor, Produktion und Vertrieb von harten Drogen dem Staatsmonopol zu unterstellen. Erwachsene dürften in Apotheken und Drogerien Betäubungsmittel zum Eigengebrauch kaufen. Bezugsscheine würden verhindern, daß ein neuer Schwarzmarkt entsteht.

Mitinitiator Beat Kraushaar glaubt, daß die erforderlichen 100 000 Unterschriften binnen eines Jahres gesammelt sind und das Begehren in einer späteren Volksabstimmung gute Chancen hat: „Die Weiterführung der heutigen Drogenpolitik wird unbezahlbar. Gewaschenes Drogengeld wird die Wirtschaft korrumpieren. Und die Kombination von beidem wird zur Legalisierung führen. So oder so.“

Um das zu verhindern, werben rechtsbürgerliche Gruppen, von Sportprominenz unterstützt, um Unterschriften für eine Initiative „Jugend ohne Drogen“. Ein Kompromiß ist derzeit nicht in Sicht. Mitte Juni wies die Parlamentsmehrheit in Bern einen Vorschlag der Grünen, wenigstens die Drogenabgabe an Süchtige zu legalisieren, brüsk zurück.



Drogenszene am Bahnhof Letten in Zürich: „Die Legalisierung wird kommen“